

D. Dringlichkeitsantrag an den 14. Landesparteitag

D.1. Den Rechtsruck kontern: Für Freiheit, Gleichheit, Solidarität!

Einreicher*innen: Landesvorstand, Juliane Nagel, Kerstin Köditz, Volkmar Wölk, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Stefan Hartmann, Thomas Dudzak

Unterstützer*innen: Jayne-Ann Igel, Jana Pinka, Susann Schöniger, Christin Löchner, Anja Eichhorn, René Jalaß, Marco Böhme, Daniel Knorr, Anna Gorskih, Dr. Christel Neuhaus, Fritz Neuhaus, Hertha Grunewald, Renate Weniger, Luise Neuhaus-Wartenberg, Stefanie Götze, Max Wegener, Claudia Jobst, Sabine Pester, Fabian Blunck, Michael Leutert, Dagmar Weidauer, Christopher Colditz, Marika Tändler-Walenta, Frank-Uwe Wolf, Lars Kleba, Nico Brünler, Beate Ehms, Markus Heide, Susanna Karawanskij, Michael Bagusat-Sehrt, Franz Sodann, Lars Klaus ABhauer, Franz Sodann, Simone Hock, Uwe Schuch, Steffen Klötzer, Gregor Henker, Landessprecher*innen des fds

Der Landesparteitag möge folgenden Antrag beschließen:

1 Das Ergebnis der Bundestagswahl ist Ausdruck gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer
2 Umbruchprozesse, die zu einem deutlichen Rechtsruck in der gesamten Bundesrepublik geführt
3 haben. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 verfügen die Kräfte rechts der Mitte nunmehr
4 über eine absolute Mehrheit im Bundestag. Besonders gravierend ist das starke Abschneiden
5 der AfD, die als völkisch-nationalistische Partei zu charakterisieren ist, deren
6 Radikalisierungsprozess noch immer nicht abgeschlossen ist. Die LINKE ist von diesem
7 Wanderungsprozess zur AfD relativ stark betroffen. Gerade in unseren traditionellen
8 Hochburgen, den ostdeutschen Bundesländern, war diese antidemokratische Partei besonders
9 erfolgreich. In Sachsen, wo wir Stimmen in erheblicher Größenordnung verloren haben, ist die
10 AfD zur stärksten Partei geworden.

11 Diese Entwicklung ist für uns als Partei, deren Ziele und Wertevorstellungen grundsätzlich denen
12 der AfD entgegengesetzt sind, Anlass zu vertiefter Analyse und strategischen Überlegungen und
13 wird ein Schwerpunkt in der Arbeit des Landesvorstandes und des gesamten Landesverbandes
14 in Zusammenarbeit mit entsprechenden Bündnispartnern (Gewerkschaften, Kirchen,
15 zivilgesellschaftlichen Akteuren, Wissenschaft) sein. Auch wir sind „besorgte Bürger*innen“. Wir
16 sind besorgt, zutiefst besorgt über das Anwachsen von Nationalismus, Rassismus, Ausgrenzung
17 von Minderheiten, der Normalisierung der sozialen Kälte, der Demontage der Demokratie. Die
18 Agitation der AfD und von Teilen der CDU richtet sich vordergründig gegen die „rot-grün
19 versifften Alt-68er“, so der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen. Gemeint sind letztlich die Werte der
20 Aufklärung und der Französischen Revolution. Wir wissen: Der Rechtsruck kann nur gekontert
21 werden mit dem entschiedenen Kampf für Freiheit, Gleichheit und Solidarität!

22

23 Warum Sachsen?

24 Weshalb wird in „unserem“ Bundesland dieser Rechtsruck wieder einmal am deutlichsten? Liegt
25 nicht die Arbeitslosenquote in Sachsen spürbar unter dem Durchschnitt der ostdeutschen
26 Bundesländer? Ja. Aber: auch Bayern und Baden-Württemberg liegen deutlich unter der
27 Arbeitslosenquote in Westdeutschland und haben zugleich die höchsten AfD-Ergebnisse in
28 diesem Landesteil. Hatte nicht der Freistaat Sachsen bereits 2015 die geringste Verschuldung

29 pro Einwohner von allen Bundesländern, ist diese nicht 2016 mit weitem Abstand nochmals am
30 stärksten gesunken? Ja. Aber auch hier: auf den nachfolgenden Plätzen bei diesen Kennziffern
31 folgen Bayern und Baden-Württemberg. Sozio-ökonomische Faktoren reichen also offensichtlich
32 zur Erklärung des Phänomens nicht aus. Die soziale Frage, die Verheerungen durch den
33 Neoliberalismus, ist nur eine Ursache in einem Ursachenbündel.

34
35

36 Warum Sachsen?

37 Woran liegt es, dass in „unserem“ Bundesland die Zustimmung für nationalistische und
38 rassistische Positionen besonders groß ist, die Verachtung der Demokratie um sich greift? Es
39 wäre reichlich spät, sich diese Fragen erst heute zu stellen. Wir als LINKE haben nicht
40 vergessen, dass es in Sachsen bereits in den Nachwendejahren die Etablierung „national
41 befreiter Zonen“ gab, der CDU-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf damals den Dialog mit den
42 Faschisten forderte. Wir erinnern daran, dass in Sachsen 2004 nach 32 Jahren erstmals wieder
43 die NPD in ein Landesparlament einzog und in jedem zweiten Wahlkreis stärker abschnitt als die
44 SPD.

45

46 Wir erinnern daran, wie die CDU-Staatsregierung nach dem auffliegen der NSU-Terrorzelle
47 reagiert hat. Sie hat es als „Thüringer-Nazi-Trio“ bezeichnet, damit wollten die Verantwortlichen
48 klar machen: damit haben wir Sachsen nichts zu tun.

49 Und uns ist nur zu bewusst, dass es „unser“ Bundesland Sachsen war, wo vor drei Jahren Pegida
50 als rechte Bewegung auf der Straße entstand. Geantwortet wurde auf diese Herausforderung mit
51 Dialog durch die Staatsregierung. Auch das hat dazu beigetragen, dass sich das Phänomen
52 verstetigen konnte. Nicht zuletzt der „Sachsen-Monitor“ des vergangenen Jahres hat gezeigt,
53 dass Nationalismus, Rassismus, das Verfechten einer Politik der sozialen und gesellschaftlichen
54 Ausgrenzung keine Minderheitenphänomene sind.

55

56 Auch in den Jahren seit 2004 wurde kein gesellschaftlicher Konsens für die Zurückdrängung der
57 extremen Rechten gefunden. Haupthindernis dabei war und ist die Staatspartei CDU, die sich
58 den Freistaat zur Beute gemacht hat, die selbst zu zaghaften Schritten gegen diese
59 antidemokratischen Kräfte nur dann bereit war, wenn getreu der Extremismus-Doktrin zugleich
60 gegen links vorgegangen wurde. Längst muss diese CDU als „CSU des Ostens“ charakterisiert
61 werden, längst hat sie sich zum am weitesten rechts stehenden Landesverband der Union
62 entwickelt. Kein wichtiger Posten, der ohne das Parteibuch der CDU besetzt würde: vom
63 Tourismusverband, über den Fußballverband bis zum Verband der Volkshochschulen. Die
64 Demokratie verkommt auf diese Weise zur Karikatur. Es ist nur folgerichtig, dass es sächsische
65 CDU-Parlamentarier waren, die als erste laut über mögliche Bündnisse mit der AfD nachdachten.
66 Und es passt zu dieser Entwicklung, wenn der frischgebackene CDU-Bundestagsabgeordnete
67 Alexander Krauß aktuell dem Magazin „compact“ ein langes Interview gibt. Der Chef dieses
68 Magazins ist immer wieder als Redner bei Pegida aufgetreten und kooperiert mit dem rechten
69 Flügel der AfD.

70

71 Wenn die sächsische CDU angesichts dieser Lage ankündigt, noch weiter nach rechts rücken zu
72 wollen, dann zeigt dies nur, dass die Entdemokratisierung der Demokratie noch weiter
73 vorangetrieben werden soll. Nur in einer solchen Atmosphäre können die AfD und andere
74 Rechtsaußenparteien blühen. Wir als LINKE verteidigen die Werte und Prinzipien der Demokratie
75 gegen ihre Feinde weiter, so wie wir das seit Jahrzehnten tun.

76 Erfolg dabei werden wir nur dann haben, wenn wir diesen Kampf nicht nur auf der nationalen
77 Ebene führen. Das, was sich in Deutschland gerade herausbildet, ist in anderen europäischen
78 Ländern bereits ausgereift. Es ist Wirklichkeit in Russland und der Türkei Osteuropa mit dem

79 Autoritarismus Wladimir Putins und Erdogans, dem Klerikalkonservatismus der PiS in Polen, dem
80 Bündnis aus Konservatismus und extremen Rechten in Ungarn und zuletzt mit dem Wahlerfolg
81 der Rechtsparteien in Tschechien. Und es ist Wirklichkeit in Westeuropa, wo in Österreich die
82 FPÖ demnächst Teil der Regierung sein wird, wo in Frankreich Präsident Macron Positionen des
83 Front National übernimmt und zugleich eine Politik des beschleunigten Sozialabbaus betreibt.
84 Aber auch die Präsidentschaft eines Donald Trump in den USA gehört in diese Reihe. Wir als
85 LINKE sehen mit besonderer Sorge, dass in dieser Lage in einigen Ländern die sich als
86 sozialdemokratisch bezeichnenden Parteien sogar zur Zusammenarbeit mit der extremen
87 Rechten bereit sind.

88
89 In all diesen Ländern hat die herrschende Politik, die seit Jahrzehnten neoliberal geprägt ist,
90 durch ihre meist erfolgreichen Angriffe auf die Institutionen sozialer Sicherheit, sozialer
91 Gerechtigkeit und des sozialen Zusammenhalts den Nährboden für den Erfolg der Rechten
92 erzeugt. Neoliberale Modernisierung bedeutet für all diejenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht
93 aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln bestreiten können - also die weit überwiegende
94 gesellschaftliche Mehrheit - reale Verschlechterungen ihrer Lebenslage. Ob Rentenklau,
95 Niedriglöhne oder der Abbau von Arbeitnehmerrechten, ob Hartz-IV oder Gewerkschaftsbashing,
96 ob das Anwachsen von Armut bei Älteren oder Kindern - die neoliberale Modernisierung hat viele
97 zu Verlierenden gemacht und für noch mehr den Druck erhöht, dass sie dazu werden könnten.
98 Daraus folgen wirkliche Probleme, reale Sorgen und Ängste.

99
100 Wir als LINKE liefern als Antwort darauf nicht die Hassparolen der ‚Wutbürger*innen‘. Wir stellen
101 dagegen unsere Utopie einer solidarischen Gesellschaft und unsere Vorschläge für ein
102 solidarischeres Hier und Jetzt. Das ist notwendiger denn je.

103 Zugleich schaffen die Nutznießer der neoliberalen kapitalistischen Globalisierung tägliche neue
104 Fluchtursachen für immer mehr Menschen außerhalb der prosperierenden Weltregionen. Nicht
105 nur durch Kriege und Bürgerkriege, sondern ebenso durch Landraub, Ausbeutung der Rohstoffe,
106 die Nutzung als Müllhalde oder als Markt für Billigstprodukte. Millionen von Menschen werden
107 die althergebrachten Lebensgrundlagen entzogen. Sie fliehen aus ihrer Heimat, weil auch die
108 europäischen Großkonzerne deren Wirtschaft zerstören und dabei von den europäischen
109 Regierungen unterstützt werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der Hauptprofiteure
110 dieser Politik gegen die armen Ländern.

111 Wir als LINKE wissen, dass dies eine Verantwortung mit sich bringt, die weit über die
112 menschenwürdige Aufnahme der Flüchtenden hinausgeht. Das muss eine Selbstverständlichkeit
113 in einem zivilisierten Land sein. Erst Recht in einem Land, das aus seiner Vergangenheit gelernt
114 haben will.

115
116 Neben der inhaltlichen Entleerung der Demokratie durch Entstaatlichung und Entpolitisierung
117 und neben dem neoliberalen Angriff auf die sozialen Errungenschaften auf allen Ebenen ist es
118 ein vehement geführter Kulturkampf von rechts, der die dritte Stoßrichtung des Angriffs dieser
119 Kräfte darstellt. Die Jahreszahl 1968 steht in der westlichen Hemisphäre für den größten, in
120 Teilbereichen erfolgreichen Versuch einer Rebellion gegen die herrschenden Verhältnisse. Der
121 Versuch scheiterte im Bereich der Umwälzung der sozialen Beziehungen. Er brachte
122 tiefgreifende Veränderungen im Bereich der Kultur und des Zusammenlebens, brachte im
123 Westen erstmals eine intensive Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, rückte die
124 internationale Solidarität ins Zentrum. Vom tiefsitzenden Schock dieser Niederlage haben sich
125 die Rechtskräfte jahrzehntelang nicht erholt. 1968 blieb als Stachel in ihrem Fleisch. Der
126 Untergang des Abendlandes nahte für sie nicht erst mit der angeblich drohenden Islamisierung,
127 sondern er war bereits in greifbare Nähe gerückt mit Conchita Wurst. Nach dem Weltbild dieser
128 Kräfte haben die Medien diese „Kulturrevolution“ vorangetrieben. Deshalb ist der Angriff auf die

129 Pressefreiheit ein wichtiger Teil ihrer Politik. Sie wollen eine Re-Christianisierung der Politik,
130 deren Ausrichtung an den Vorgaben einer reaktionären Interpretation des Christentums. Für uns
131 als LINKE ist 1968 ein wichtiger Teil unserer Identität. Wir werden uns die Errungenschaften
132 dieser Rebellion nicht nehmen lassen.

133
134 Noch sind diese Kräfte nicht, die einen dreifachen Angriff gegen Demokratie, Sozialstaat und
135 liberale Kultur führen, nicht mehrheitsfähig. Auch wenn die sächsischen Zustände befürchten
136 lassen, dass sich dies ändern könnte. Die LINKE setzt dagegen auf eine solidarische,
137 demokratische, kulturell vielfältige und offene Gesellschaft. Wir als LINKE wissen, dass diese
138 Leitideen die einzige realistische Alternative zur sozial desaströsen Politik der vergangenen drei
139 Jahrzehnte ist. Wir wissen, dass wir die konsequente Vertreter*in der Interessen der arbeitenden
140 Menschen, der Arbeitslosen, der Kinder und Rentner*innen sein müssen. Wir wissen, dass der
141 ländliche Raum besonders von den sozialen und kulturellen Verwerfungen der letzten Jahrzehnte
142 betroffen ist. Wir als LINKE nehmen die Herausforderung an, auch außerhalb der Großstädte
143 wieder Bedingungen zu schaffen, die das Leben dort lebenswert machen und den Menschen
144 eine Zukunfts- und Bleibeperspektive für sich, für ihre Kinder und Enkelkinder gibt..

145 Auch auf diesem Bereich werden wir als LINKE. Sachsen in den kommenden Jahren einen
146 Schwerpunkt setzen. Nicht zuletzt steht die LINKE konsequent an der Seite aller von
147 Diskriminierung betroffenen gesellschaftlichen Gruppen.
148 Wir wissen, dass es dazu eines langen Atems bedarf. Und wir sind realistisch genug zu der
149 Erkenntnis, dass wir die Probleme nicht alleine bewältigen können. Notwendig ist die
150 Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften auf Augenhöhe und ohne
151 Führungsanspruch, sondern partnerschaftlich und solidarisch. Unverzichtbar ist es, uns selbst,
152 als Partei und als Mitglieder, in die außerparlamentarischen Kämpfe nach Kräften einzubringen.
153 Die Demokratisierung der sächsischen Demokratie wird nur gelingen, wenn der
154 außerparlamentarische Druck dafür stark genug ist. Eine solidarische Gesellschaft können wir
155 nur erkämpfen, wenn wir die Interessen aller Unterdrückten verbinden können. Sachsen wird nur
156 dann eine weltoffene Gesellschaft werden, wenn dies eine Mehrheit der Menschen in Stadt und
157 Land auch will.

158
159 DIE LINKE. Sachsen steht für:

- 160
- 161 - die konsequente Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen - egal welcher
162 Herkunft - gegen Sozialabbau, für höhere Löhne und gestärkte ArbeitnehmerInnenrechte.
163 Was wir wollen ist eine Sozialstaatsgarantie um den Menschen die Angst vor dem sozialen
164 Abstieg zu nehmen.
 - 165 - ein konsequentes ‚Weiter so!‘ als Partei der FlüchtlingshelferInnen und der Offenheit für
166 hierher flüchtende Menschen, weil wir unsere Solidarität nicht vom Geburtsort abhängig
167 machen
 - 168 - den konsequenten Einsatz gegen Diskriminierung gesellschaftlicher Gruppen und einem
169 mehr an Demokratischen Mitbestimmungsrechten und Beteiligungsmöglichkeiten.

170

Begründung:

In Auswertung der Ergebnisse der Bundestagswahl wurden drei Regionalkonferenzen, sowie Beratungen von Gremien auf Landes- und Bundesebene durchgeführt, deren Einschätzungen die Grundlage dieses Antrages bilden. Diese Analysen und Bewertungen, zB die Nachwahlbefragung im Auftrag der FVK, die erst auf der FVK-Beratung in Hamburg veröffentlicht wurde, sind erst nach Antragsschluss aufnehmbar gewesen, so dass die Einreichung des Antrages des

entsprechenden Zeitrahmens bedurfte, falls deren Ergebnissen nicht vorgegriffen werden sollte. Die Dringlichkeit ergibt sich neben diesem zeitlichen Ablauf vor allem aus der gesellschaftlichen Situation in Sachsen, wie sie im Antrag oben beschrieben ist und die dringend einer politischen Haltung unserer Partei bedarf.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____